

Guten Tag Herr Naegeli

Vielen Dank für Ihre Anfrage. Es stimmt, dass wir uns im Jahr 2022 für den Verbleib der Schweiz in Schengen ausgesprochen haben. Wir haben uns aber nie für Frontex ausgesprochen und die menschenverachtende Migrationspolitik Europas klar benannt: Sie finden hier unsere Medienmitteilung von damals. Wir forderten nie "griffigere Massnahmen der Überwachungsbehörden".

Wir sprachen in der Vergangenheit schon mehrmals davon, dass Europa das beste uneingelöste Versprechen ist, das wir haben. Das ist nach wie vor unser Standpunkt. Mehr Infos dazu finden Sie in diesem Blogbeitrag oder in unserer Migrationsposition. Hier setzen wir auch mit unserem Einsatz für eine aktive Europapolitik der Schweiz an: Die Schweiz muss ihre Verantwortung wahrnehmen und darf nicht Trittbrettfahrerin sein, auch nicht von einem menschenverachtenden Migrationsregime. Sie muss sich für eine liberale Migrationspolitik einsetzen.

In der Medienmitteilung am Abstimmungssonntag haben wir u.a. geschrieben:

Anders als in vielen anderen Bereichen der Europapolitik – wo wir derzeit nur schlucken müssen, was uns vorgelegt wird – kann die Schweiz Schengen-Entscheidungen aktiv beeinflussen. Das Problem beginnt somit bei uns zu Hause: Die Bundesrät*innen Karin Keller-Sutter und Ueli Maurer sowie ihre Departemente haben ihr Mitspracherecht bei der Schengen-Weiterentwicklung nicht dafür genutzt, sich für Veränderungen stark zu machen.

In der Wahlkampagne 2023 haben wir das Thema Migration ebenfalls zum Thema gemacht und für eine progressive Wahl mobilisiert. In der Woche nach der Wahl mussten wir in einem Blogbeitrag festhalten, dass die Realität leider so ist, dass die bürgerlichen Parteien FDP und Mitte die Forderungen der SVP insbesondere in der Migrationspolitik übernehmen. Dieser Trend hat sich seither leider verstärkt. Dass sich die Schweiz als Teil ihrer Schengen-Mitgliedschaft für eine liberalere Migrationspolitik einsetzt, ist in dieser politischen Zusammenstellung des Bundesrates derzeit leider nicht zu erwarten. Dass die Schweiz auch mitverantwortlich für anhaltende Menschenrechtsverletzungen ist, können wir klar bejahen.

Wir setzen uns tagtäglich für einen Wandel hin zu einer offeneren und fortschrittlicheren, liberaleren und gerechteren Schweiz ein. Konkret in der Migrationspolitik sind wir auch seit der ersten Stunde Teil der Demokratie-Initiative, die erfolgreich zustande gekommen ist und zur Abstimmung kommen wird.

Weitere Schritte, um unseren Forderungen nach einem stärkeren Einsatz der Schweiz für Menschenrechte Nachdruck zu verleihen, haben wir mit unserer Kampagne für die Europäische Menschenrechtskonvention und gegen die letztes Jahr lancierte Grenzschutz-Initiative der SVP gemacht.

Zu Ihrer konkreten Frage zur vertraulichen Infonotiz fehlen mir etwas die Infos, um darauf adäquat zu antworten. Grundsätzlich befürworten wir sicherlich Transparenz gegenüber den Abstimmenden.

Freundliche Grüsse
Simon Städeli

